

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Keine Lohnerhöhung für das Staatspersonal**

Solothurn, 4. September 2017 - Das Staatspersonal und die Lehrerschaft müssen auch nächstes Jahr auf eine Lohnerhöhung verzichten. Dies hat der Regierungsrat entschieden. Die Personalverbände hatten eine Erhöhung um 0.5 Prozent gefordert.

Für die Lohnverhandlungen zwischen den Personalverbänden und der Regierung werden verschiedene Eckwerte herangezogen: Einerseits gilt die mittlere Jahresteuern als Berechnungsgrundlage. Dabei wird der Mittelwert der zwölf monatlichen Jahresteuern errechnet. Dieser beträgt aktuell 0.0961% (Basis: Juni 2016 bis Mai 2017). Hinzu kommen der Landesindex für Konsumentenpreise, die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Kantons sowie die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Personalverbände forderten 0.5 Prozent mehr Lohn

Die Arbeitnehmervverbände forderten eine Erhöhung um 0.5 Prozent. Sie begründeten die Forderung unter anderem damit, dass die Teuerung wieder zunehmend sei. Weiter seien die Grundlöhne nach 2012 nicht mehr erhöht worden und die Krankenkassenprämien würden jährlich ansteigen. Zudem, so die Arbeitnehmervverbände, sei in den meisten Branchen mit Lohnerhöhungen zu rechnen.

Regierungsrat besteht auf Nullrunde

Der Regierungsrat hingegen will die Grundlöhne auf dem Niveau des Vorjahres belassen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Kantons ist nach wie vor angespannt und lässt eine Erhöhung nicht zu. Zudem lag der Landesindex der Konsumentenpreise im Mai 2017 mit 114.3 Punkten um 3.332 Punkte unter dem angewendeten Index.

Da sich die beiden Parteien nicht einig wurden, hat der Regierungsrat abschliessend entschieden: es gibt keine Lohnerhöhung, die Grundlöhne bleiben auf der Höhe des laufenden Jahres. Dies gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der Solothurner Spitäler AG sowie für die Lehrerschaft der Kantons- und Volksschulen.

Weitere Auskünfte

Roland Heim, Regierungsrat, Vorsteher Finanzdepartement, 032 627 20 57

Stefan Giger, Generalsekretär Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), 044 266 52 52